

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeile für den Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Nebenblatt 30 Pf.

Die Ergebnisse des Reichshaushalts für 1890-91.

Nach dem Final-Abschluss der Reichs-Hauptkassie haben sich die Ergebnisse des Reichshaushalts für das Etatsjahr 1890-91, abgesehen von den außerordentlichen Deckungsmitteln aus angewiesenen Ausgaben, im Vergleich zum Etat in runden Summen wie folgt gestaltet:

Für das Reichsheer sind bei den Kontingents-Verwaltungen von Preußen, Sachsen und Württemberg an fortwährenden Ausgaben (mit Einschluß der diese Verwaltungen angehenden Titel des allgemeinen Pensionfonds) 9,628,000 Mark und an einmaligen Ausgaben 2,074,000 Mark mehr erforderlich gewesen; das im Ordinarium vorgelegene Ausgabequantum Bayerns hat sich in Folge dessen um 1,460,000 Mark erhöht. An Einnahmen sind im Bereiche der Militärverwaltung 555,000 Mark weniger aufgenommen. Bei dem Reichsheere stellt sich hierdurch das Gesamtergebnis gegen den Etat um 13,717,000 Mark ungünstiger. Insbesondere sind bei der Geldverpflügung der Truppen, der Naturalverpflegung, der Bekleidung und Ausrüstung der Truppen, dem Medizinwesen, der Verpflegung der Ersatz- und Reserveeinheiten, dem Remontewesen, den Reisekosten und Tagesgeldern, Bortpumpen und Transportkosten, dem Artillerie- und Waffengewesen erhebliche Mehrbedürfnisse hervorgerufen, welchen nennenswerte Ersparnisse nur bei den Wohnungsgeldzuschüssen und den Pensionseinnahmen gegenüberstehen.

Bei den Ausgabenfonds der Marineverwaltung, einschließlich der die letztere betreffenden Titel des allgemeinen Pensionfonds, sind 2,354,000 Mark mehr erforderlich gewesen. Dagegen 726,000 Mark bei dem auswärtigen Amt und 166,000 Mark bei dem Reichsamt des Innern. Im Ressort des Reichs-Schatzamts, mit Einschluß der Reichsschuld und der Zivilverwaltung angehenden Titel des allgemeinen Pensionfonds, sind an den Ausgabenfonds nach Gegenrechnung einiger nicht unerheblicher Mehrbedürfnisse 8,598,000 Mark erspart worden. Insbesondere hat die Verjüngung der Antike 8,400,000 Mark weniger beansprucht, wovon auf die für die Einführung des April-Zinssteuers für 1891 durch den Nachtrags-Etat vom 22. März 1891 bewilligten Mittel etwa 4,000,000 Mark entfallen; letzterer Betrag konnte bis zum Finalabschluss nicht mehr zur Veranschlagung gelangen und wird demnach die Rechnung des Etatsjahres 1891-92 belasten. Die übrigen bei den Hauptabschnitten der Ausgabe eingetretene Abweichungen vom Etat ergeben noch einen Minderbedarf von 231,000 Mark. — Im Ganzen übersteigen die Mehrbedürfnisse bei den hier in Betracht gezogenen Ausgabenfonds des ordentlichen Etats die dort vorgekommenen Ersparnisse um 7,578,955.56 Mark.

Die Zölle und die Tabaksteuer, von deren Erträge der Reichskasse nur der feste Anteil von 130,000,000 M. verbleibt, haben 83,513,000 Mark mehr eingebracht, wovon 82,765,000 Mark auf die Zölle, 741,000 Mark auf die Tabaksteuer und 7000 Mark auf die Aueren der Zollausfälle fallen. Bei den den Bundesstaaten im vollen Reinertrage zu überweisenden Steuern sind im Vergleich zum Etat aufgenommen: bei der Verbrauchsabgabe vom Branntwein und dem Zuschlag zu derselben 7,149,000 Mark weniger, bei den Stempelabgaben für Wertpapiere 2,352,000 Mark mehr. Diese Abweichungen von der etatsmäßigen Voraussetzung finden im Reichshaushalt ihren Ausgleich durch entsprechende Erhöhung oder Ermäßigung der unter den Ausgaben angeführten Ueberweisungen an die Bundesstaaten. Im Ganzen haben sich diese Ueberweisungen auf 378,826,000 Mark belaufen, das sind 30,316,000 Mark mehr, als im Etat vorgesehen.

Die Zuckerteuer hat im Ganzen 9,203,000 Mark mehr ergeben, und zwar sind an Materialsteuer 979,000 Mark weniger, an Verbrauchsabgabe 10,182,000 Mark mehr vereinbart worden. Die Malzsteuer und Branntweinmaterialsteuer weist einen Minderertrag von 2,315,000 Mark auf. An Salzsteuer sind 988,000 Mark, an Branntwein 3,496,000 Mark, an Spielkartensteuer 61,000 Mark, an Wechselsteuer 1,030,000 Mark und an statistischer Gebühr 62,000 Mark mehr aufgenommen. Die Betriebsverwaltungen schließen sämtlich mit Mehrüberschüssen ab, und zwar bei der Post und Telegraphie in Höhe von 2,181,000 Mark, bei der Reichsbank in Höhe von 373,000 Mark und bei den Eisenbahnen in Höhe von 1,114,000 Mark. Die Einnahmen aus dem Bankwesen

haben den Etat um 6,075,000 Mark überstiegen; auch an verschiedenen Verwaltungsabteilungen (mit Einschluß der oben erwähnten Einnahmen der Militärverwaltung) sind 722,000 Mark mehr eingebracht. Aus dem Reichsinvalidenfonds sind an Zinsen 91,000 Mark mehr vereinbart worden, so daß nach Maßgabe des Minderbedarfs bei den auf diesen Fonds angewiesenen Ausgaben an Kapital 348,000 Mark weniger zuzuschießen waren. An Zinsen aus belegten Reichsgeldern sind 16,000 Mark weniger aufgenommen.

Im Ganzen sind an ordentlichen Einnahmen, soweit sie dem Reiche verbleiben, im Vergleich zum Etat 22,727,156.99 Mark mehr zur Reichskasse geflossen, und es ergibt sich nach Gegenrechnung der Mehrausgaben von 7,578,955.56 Mark für den Reichshaushalt des Etatsjahres 1890-91 ein Ueberschuß von 15,148,201.43 Mark.

Deutschland.

Berlin, 30. Juli. Die Gegner der Schutzpocken-Impfung könnten sich, wenn sie einer vorurteilsfreien Würdigung der Thatsachen überhaupt zugänglich wären, an den während dieses Sommers in Brüssel gemachten Erfahrungen ein Beispiel nehmen. Dort brach vor einigen Monaten eine ziemlich bössartige Pockenepidemie aus, welche den Ärzten viel zu schaffen machte, weil wegen fehlenden Impfweges die Mehrzahl der Bevölkerung, namentlich der niederen Stände, ungeimpft blieb. Erst als, durch die Nähe der Gefahr dazu getrieben, die Leute sich in Menge zur Impfung bereit finden ließen, ging die Seuche nach Intensität wie Extensität zurück, um vor Kurzem ganz zu erlöschen. Die statistischen Veröffentlichungen der Brüsseler Sanitätsbehörden ermöglichen einen lehrreichen Einblick in den engen ursächlichen Zusammenhang, den die stufenweise Abnahme der Pockenkrankungen bei fortwährender Zunahme der Schutzpockenimpfungen erkennen lässt.

Während der letztvergangenen Tage hatte der Kaiser wiederholt allein gearbeitet und die Vorträge des auswärtigen Amtes und des Kabinettschefs entgegen genommen. Die Beförderung des verlegten Knie schreitet in erfreulicher Weise ununterbrochen fort.

Die Zahl der Rechtsanwältinnen hat seit 1880 um rund 30 Prozent, d. h. um ein Kleines weniger als früher zugenommen. Am 1. Januar 1880 betrug sie 4112, am 1. Januar 1885 4556, 1887 4810, 1889 5123, am 1. Januar d. J. 5340. In den letzten zwei Jahren betrug die Zunahme 4,2 Prozent, also etwa doppelt so viel, wie die der Bevölkerung. Beim Reichsgericht sind 20 Anwältinnen eingetragen, beim bayerischen obersten Landesgericht 3, bei den Oberlandesgerichten 732, von denen 326 gleichzeitig bei einem am Orte des Oberlandesgerichts befindlichen Landesgericht und 159 gleichzeitig bei einem Landesgericht im Bezirke eines mehreren Bundesstaaten gemeinschaftlichen Oberlandesgerichts fungieren. Bei den Landesgerichten waren insgesamt 4003 Rechtsanwältinnen, von welchen 519 gleichzeitig bei einem Oberlandesgericht, 80 bei einem anderen Landesgericht, 161 gleichzeitig bei einer Kammer für Handelsachen mit besonderem Sitz, 598 gleichzeitig an einem am Orte des Landesgerichts befindlichen Amtsgericht und 305 an einem auswärts befindlichen Amtsgericht wirkten. Am meisten zugenommen hat die Zahl der Anwältinnen bei den Amtsgerichten. Während am 1. Januar 1880 bei solchen 1034, am 1. Januar 1885 1413, 1887 1597, 1889 2783 zugelassen waren, betrug deren Zahl am 1. Januar d. J. 3189. Was die einzelnen Oberlandesgerichtsbezirke betrifft, so folgen sich dieselben nach der Zahl der Rechtsanwältinnen: Berlin mit 675, Dresden mit 483, Breslau mit 382, Köln mit 372, Hamm mit 281, Raumburg mit 270, Celle mit 254, Hamburg mit 218 u. s. w. Die geringste Zahl der Rechtsanwältinnen haben die Bezirke Augsburg 64, Zweibrücken 48, Braunschweig 43 und Oldenburg 12. Verhältnismäßig am beträchtlichsten ist die Zunahme in den Bezirken Berlin, Königsberg, Marienwerder, Posen und Breslau. Im Ganzen kommen im Reich auf 10 Richter 7,4 Rechtsanwältinnen. Berlin hat die bei weitem größte Zahl von Anwältinnen (489), es folgen Hamburg (137), Dresden (132), Leipzig (127), München (133), Frankfurt a. M. (109), Köln (102), Breslau (85) und Stuttgart (59).

Major von Wissmann hat nach kurzer Anwesenheit in Berlin wieder verlassen und sich zunächst nach Erfurt begeben, um dort Verwandte zu besuchen.

Der neuernannte Ober-Präsident der

Provinz Westpreußen, Staatsminister von Gohler, ist heute früh nach Danzig abgereist.

Dem schottischen Heringsgeschäft, das bekanntlich einen schwunghaften Einfuhrhandel dieses Artikels nach Deutschland betreibt, droht für diesen Herbst eine empfindliche Störung, sofern die für Rechnung der Edinburgher u. Pöfelfirmen arbeitenden schottischen Fischer mit ihren Auftragsgebern wegen der Lieferungsbedingungen in Streit geraten sind und mit Arbeitseinstellung drohen, falls ihnen nicht bessere Preise bewilligt werden. Sämtliche Fischerboote sind in den Hafen gegangen, auch irische Fischer haben sich dem Vorgehen ihrer schottischen Kameraden angeschlossen.

Die sozialdemokratischen Führer haben bekanntlich vor längerer Zeit die Parole ausgegeben, in den großen Industriezentren möchten sich landmannschaftliche Vereine bilden, um die Agitation in den Heimatsorten zu unterstützen und zu pflegen; die persönlichen Beziehungen seien gerade bei der Agitation von allergrößter Wichtigkeit. Ein Verein der hier lebenden Ost- und Westpreußen hat sich bereits gebildet und seinem Wirken wollen die Sozialdemokraten es zum Teil zu verdanken haben, daß im Wahlkreis Memel die sozialdemokratischen Stimmen so rasch anwuchsen; die Thatsache ist um so bemerkenswerter, weil die Sozialdemokratie bei allen Nachwahlen zum Reichstag (Kassel, Oesterlinde) einen bedeutenden Rückgang ihrer Stimmen zu verzeichnen hatte. Durch persönliche Beziehungen haben die hier lebenden Sozialdemokraten aus Ost- und Westpreußen Zeitungen und Broschüren dorthin senden können, wofür die sozialdemokratische Agitation nicht geringe Dienste geleistet hat. Die Bildung weiterer landmannschaftlicher Vereine der Sozialdemokraten steht bevor; in nächsten Tagen wird bereits ein solcher für die Wahlkreise Wittenberg, Schweinitz, Torgau hier ins Leben gerufen werden, für Pommern, Schleien, Rheinland, Westfalen u. s. w. sollen ebenfalls landmannschaftliche Vereine gegründet werden, die natürlich in erster Linie den Zweck haben, die Agitation in der Heimat zu pflegen und auszubauen. Von den zahlreichen Wegen der sozialdemokratischen Agitation ist der eben eingeschlagene jedenfalls ein neuer und eigenartiger.

Arnsberg, 29. Juli. Der Minister des Innern, Herr v. Tschirch, ist, von Seest kommend, vorgestern hier eingetroffen, um der Stadt einen Besuch abzustatten, in welcher er während zwölf oder gar vierzehn Jahre als Mitglied der hiesigen Regierung gelebt und die besten Erinnerungen zurückgelassen hat. Gestern Morgen hat der Minister unter Anderem auch den Gemeinderath der Stadt Arnsberg empfangen, welcher ihm eine Adresse und ein Album mit photographischen Aufnahmen der Stadt und Umgegend überreicht hat. Mittags fuhr der Minister in Begleitung des Regierungspräsidenten Winger, des Regierungspräsidenten Hagen und des Landrathes Frensbach nach Schloß Herdringen zum Besuche bei dem Grafen von Fürstenberg, und Abends fand bei dem Präsidenten ein Diner zu Ehren des Ministers statt. Heute Morgen in aller Frühe hat der Minister Arnsberg wieder verlassen, hat sich zu Wagen nach Plettenberg begeben und von dort die Rückreise nach Berlin angetreten.

Kassel, 29. Juli. Die Wahlschlacht ist geschlagen und die Spannung, in der sich die Angehörigen aller Parteien befanden, hat einer nüchternen Erwägung der Dinge Platz gemacht. Der nationalliberale Kandidat hat mit einer recht erheblichen Mehrheit gestimmt, einer Mehrheit, wie sie von vornherein auch die am wenigsten pessimistisch Angelegenen nicht erhofft hatten. Selbst in zuversichtlichen Kreisen hatten man höchstens eine Mehrheit von 600 Stimmen herausgerechnet. Nun beträgt diese mehr als das Doppelte. Mitgeteilt hat zu diesem günstigen Ergebnis der Umstand, daß es gelungen ist, eine erheblich größere Wahlbetheiligung als bei der Hauptwahl herbeizuführen. Es sind nämlich an 1600 Wähler mehr an der Wahlurne erschienen, wovon allein 600 auf Kassel kommen. Der Sozialdemokrat hat aber in der Stichwahl auch einen Zuwachs von etwa 2000 Stimmen zu verzeichnen. Diese müssen ihm doch von den anderen Parteien zugefallen sein, da die sozialistische Wählerkraft gleich vollständig vertreten zu sein pflegt. Die Antisemiten hatten kurz vor der Wahl noch die Parole für Endemann ausgegeben und nach dem Ergebnis ist anzunehmen, daß die Antisemiten in Kassel für den nationalliberalen Kandidaten gestimmt. Auch muß er die in den konservativen enthaltenden

ihren Gewinn schmälern, oder, wenn sie auf die Preise geschlagen werden können, die Käufer belasten. Und dies letztere ist wohl in der Regel der Fall. Endlich kommt noch in Betracht, daß die von der Natur erzeugten Nahrungsmittel in der verschiedensten Qualität vorkommen, während die künstlichen Zubereitungen wegen der Mannigfaltigkeit der zu befriedigenden Bedürfnisse sehr ungleich hergestellt werden müssen und daß in Folge dessen der Begriff der meisten Lebensmittel ein sehr unbestimmter ist. So kann beispielsweise die Milch eines reichhaltigsten Wassers und Fettgehalt haben und hier kann mehr oder weniger stark, dick oder dünnflüssig, hell oder dunkel sein.

Es besteht daher die Möglichkeit, daß die zur Anwendung der Strafgesetze gegen Fälschung und Verkauf gefälschter Nahrungsmittel berufenen Gerichte und Sachverständigen einen Begriff so fassen, daß Waren, die keine Veränderungen oder nur solche erfahren haben, die von weiten Kreisen als mit ihrem Begriff vereinbar angesehen werden, nicht darunter fallen, so daß also z. B. eine dünne Milch als durch Beimischung von Wasser, ein süßer Wein als durch Zuckerzusatz gefälscht angesehen wird. Bei einzelnen Nahrungsmitteln kann diesem Uebelstand durch gesetzliche Bestimmungen ihres Begriffes entgegengetreten werden. (So ist z. B. in Bayern bestimmt, daß Bier aus Malz, Dopsen und Wasser hergestellt werden darf.)

Im Allgemeinen ist aber das obengedachte Verfahren nicht anwendbar, weil an viele Nahrungsmittel zu ungleiche Ansprüche gestellt werden, und weil es leicht dazu führt, daß von Haus aus besser beschaffene Waren künstlich auf die gefälschte Qualität heruntergesetzt werden. Doch stellt die Praxis der Gerichte und Sachverständigen allmählich wenigstens in gewissem Umfang fest, wie Nahrungsmittel beschaffen sein müssen

katholischen Stimmen größtentheils erhalten haben. Auf dem Lande — namentlich im Landkreis Kassel — dürfte ein Theil der antisemitischen Stimmen dem Sozialisten Pfannkuch zugefallen sein, eben so wird dieser einige Hundert Rechts-parteilicher Stimmen bekommen haben. Es sind das eben solche Wähler, die nur ihrer Unzufriedenheit Ausdruck geben wollten und dabei zunächst auf den Antisemiten oder den Partikularisten verfallen waren, da sie nicht Sozialisten sind. In der Stichwahl wandten sie sich aber dem letzteren zu. Die wirklichen Gefinnungsgenossen des Herrn Martin haben gewiß die von ihrem Wahlkomitee ausgegebene Parole Wahlenthaltung befolgt. Ein dritter Theil, aus denjenigen bestehend, die bloß einmal die Martinische Kraftprobe mitmachen wollten, dürften genug patriotischer Empfindung gehabt haben, um — bei aller sonstiger Eigenschaft gegen die Nationalliberalen — sich dazu zu entschließen, dem sozialistischen Ansturm Schach zu bieten. Sehr bedrohlich erschien in letzter Stunde die Haltung der Freireinigen, denen Dr. Endemann es zu verdanken hatte, daß er in die Stichwahl gekommen war. Verdrüsslich über das angeblich in Tilsit nicht zu Stande gekommene Kartell (in Wahrheit hat dort Herr v. Bredt seine Kandidatur zu Gunsten der Freireinigen zurückgezogen), erließ der Vorstand des hiesigen freireinigen Wahlvereins am Tage vor der Wahl eine Bekanntmachung, die einer indirekten Auf- forderung zur Wahlenthaltung gleichkam. Und es scheint, daß auch vielfach in diesem Sinne gehandelt wurde; gewiß hat Dr. Endemann im zweiten Wahlgang nicht dieselbe Anzahl freireiniger Stimmen auf sich vereinigt wie im ersten. Es bleibt also die Thatsache bestehen, daß nur das geschlossene Eintreten der Ordnungsparteien, auch der Antisemiten, Herrn Dr. Endemann zum Siege geholfen hat. Die ganze Wahl hat gezeigt, wie außerordentlich zerfahren die Parteiverhältnisse bei uns in Hessen, namentlich im Kreise Kassel-Melsungen, geworden. Hätten die Ultramontanen, wie beabsichtigt war, ehe Herr v. Alvensleben seine neutrale Stellung in der Jesuitenfrage erklärte, einen Zahl-Kandidaten aufgestellt, desgleichen die Deutschfreireinigen einen eigenen Kandidaten auf den Schild erhoben, so kam, bei im Ganzen sieben Werbern, der Antisemit in die Stichwahl. Die nationalliberale Partei hat Ursache sich zu freuen, wieder in den Besitz eines Mandates in Kurhessen gekommen zu sein, das einst ihre Domäne gewesen. Gegen die vorjährige Reichstagswahl ist ein Rückgang der sozialistischen Stimmen überhaupt zu verzeichnen und zwar beträgt er in der Hauptwahl 1307, in der Stichwahl beinahe 600 Stimmen.

Oesterreich-Ungarn.

Prag, 30. Juli. (W. T. B.) In der heute stattgefundenen Appellverhandlung in der Klage des Anstaltungsbesuchers Müller aus Wlitz gegen den Rechtspraktikanten Gijzel wegen Mißhandlung verwarf der Gerichtshof sämtliche eingelegte Berufungen und bestätigte das erstinstanzliche Urteil, durch welches Gijzel zu 10 Tagen Arrest verurtheilt wurde. Der Gerichtshof verurtheilte jedoch die Arreststrafe in eine Geldstrafe von fünfzig Gulden und sprach dem Kläger Müller zehn Gulden Schmerzensgeld zu.

Pest, 30. Juli. (W. T. B.) Während der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses fand eine Besprechung des Minister-Präsidenten Grafen Szapary mit den Führern der Opposition, Apponyi, Frankl und Ugron in Anwesenheit des Führers der liberalen Partei statt. Der Ministerpräsident betonte im Hinblick auf das Disziplinarverfahren der Opposition die Nothwendigkeit eines von allen Parteien des Hauses im Interesse des Parlamentarismus wahrzunehmenden ordentlichen Ganges der Verhandlungen über die Verwaltungsreform-Vorlage und gab der Ansicht Ausdruck, daß, falls der erste Abschnitt der Vorlage durchberathen würde, die Erledigung des Restes derselben auf den Herbst verschoben werden könnte. Diese Unterbrechung der Parteiführer dürfte nunmehr Gegenstand von Verhandlungen in den Parteiklubs werden.

Belgien.

Brüssel, 29. Juli. Das Antwerpener „Handelsblad“, eines der angesehensten Regierungsblätter, bringt heute eine Nachricht, die überall im Lande großes Aufsehen erregt, die Regierung vorbereite einen Gesetzentwurf, betreffend die Uebernahme des Kongo-Staates als belgische Kolonie. Diese Nachricht ist bekanntlich schon zu wiederholten Malen aufgetaucht, nur hat sie sich

bisher nicht bewahrheitet. Was sie diesmal glaubwürdiger erscheinen läßt, ist der kürzlich veröffentlichte amtliche Bericht über den Kongo-Staat, dessen finanzielle Lage als sehr traurig hingestellt wurde. Obwohl König Leopold II. der Kongo-Regierung jährlich eine Million aus seiner Privatliste zur Verfügung stellt, obwohl der belgische Staat derselben Regierung jährlich in Form eines Darlehens auf die Dauer von zehn Jahren 2,500,000 Franken auszahlt, kann der mittel-afrikanische Staat seine laufenden Ausgaben nicht decken.

Die Kongo-Regierung stellt in dem erwähnten Bericht selbst das Abnehmen der Einnahmen und das Steigen der Ausgaben in Aussicht und da Frankreich die Genehmigung der Brüsseler Kongoakte abgelehnt hat, so ist ihr auch die Einnahmsquelle der Kongozölle verlagert. Ohne Geld kann aber ein so ausgedehntes Kolonisationswerk nicht weiter geführt werden und die Entscheidung daher früher fallen, als man bisher geglaubt hat. Dem König Leopold bleiben nur zwei Auswege: entweder übernimmt Belgien den Kongo-Staat als Kolonie, oder er muß seinen Negerstaat Frankreich zum Kaufe anbieten, da dieses ein Vorkaufsrecht besitzt. Es ist übrigens zweifellos, daß das belgische Parlament, wenn auch nicht gerade mit großer Begeisterung, schließlich der Erwerbung der Kongo-Kolonie zustimmen wird.

Die französische Regierung hat durch ihren Brüsseler Gesandten Bourée anfragen lassen, ob ein antistichlicher Besuch des französischen Nordseeschwimmers in einem belgischen Hafen genehm wäre. Die belgische Regierung hat die Anfrage, wie es sich von selbst versteht, bejahend beantwortet und den Wunsch geäußert, das Geschwader des Admirals Gervais möge Ostende anlaufen, wo der Hof sich im Sommer befindet. Bei dem Umstand, als zwischen Belgien und Frankreich in Folge der französischen Schutzpolizei, der Ablehnung der Kongoakte und anderer Vorgänge eine gewisse Verstimmlung herrscht, wird hier der Besuch der französischen Flotte als Artigkeit begrüßt, welche Belgien höchlich, aber ohne Begeisterung erwidern wird.

Frankreich.

In Toulouse ist, wie wir bereits meldeten, ein Streik der Pferdebahn-Bediensteten ausgebrochen, der schnell zu seiner ersten Situation geführt hat. Ein Polizeikommissar wurde mit Stöcken und Faustschlägen insultrirt. Die verheerenden Dragoonern gingen gegen die Kuchelführer vor. Mehrere Personen wurden dabei verletzt. Die Menge warf mit Steinen nach dem Militär. Um einen noch ernsteren blutigen Zusammenstoß zu vermeiden, ließ man die Tramwaywagen nach ihren Depots und das Militär in die Kasernen zurückziehen. Die Tumultuanten sammelten sich später, mit Haken und Schaufeln bewaffnet, wieder an, zerstörten mehrere Kiosks und steckten die Trümmer in Brand. Die Truppen wurden darauf wieder herbeigerufen und besetzten die Boulevards.

Von Paris wird hierzu noch Folgendes telegraphirt:

„Die Streikenden wurden von Marktweibern unterführt, welche halfen, die Pferde ausspannen und die Wagen umzuführen. Die arbeitende Bevölkerung ergreift für die Streikenden Partei. Militärpatrouillen durchziehen die Stadt, um neue Ausschreitungen zu verhindern. Die Pferdebahn-Direktion beschloß zu versuchen, morgen den Betrieb wieder aufzunehmen, da alle Pferdebahn- und Omnibusstrecken durch Truppen gesperrt werden sollen, welchen der Befehl gegeben ist, nötigenfalls von den Waffen Gebrauch zu machen.“

Einem Telegramm des „Bureau Herald“ entnehmen wir, daß schon vorgestern ein Straßenkampf stattgefunden hat. Dabei wurde ein Wagen in den Kanal gestürzt und ein Polizist hieb einem Streikenden mit dem Säbel die Hand ab.

Marseille, 30. Juli. (W. T. B.) Der hier eingetroffene Dampfer „Genegal“ berichtet, die englische Kompanie, welche die Konzession zum Bau der Eisenbahn von Caiffa ergalgt hatte, habe den betreffenden Firmen verfallen lassen. Die Konzession sei in Folge dessen zurückgezogen worden.

Großbritannien und Irland.

London, 30. Juli. (W. T. B.) Der deutsche Botschafter Graf Hatzfeld tritt Sonnabend seinen Urlaub an.

Der frühere englische Gesandte in Teheran, Sir Drummond Wolseley, ist in derselben Eigenschaft nach Bagdad versetzt, der bisherige en-

tschädigung Proben zum Zweck der Untersuchung zu entnehmen und bei Personen, welche nach Maßgabe des Gesetzes gewisse Verurtheilungen erfahren haben, Revisionen vorzunehmen. Bezüglich der Fleischschau und des Zwanges zur Benutzung öffentlicher Schlachthäuser ist auf die Gewerbeordnung § 23 und die einschlägigen partikulärrechtlichen Bestimmungen zu verweisen. (Preußen = Gesetz vom 18. März 1868 und 9. März 1881; Bayern = Polizeiverordnung vom 1. April 74 und 75; Württemberg = P. St. G. Art. 29; Baden = P. St. G. § 93 und 95.) — Aber wie bereits gesagt, alle diese Gesetze und alle bereits erfolgten Verurtheilungen rufen das Uebel der Verfälschungen nicht aus. Immer wieder versucht es dieser oder jener, sich auf Kosten und zum Nachtheile seiner Mitbürger zu bereichern. Trifft aber sobald jemand eine exemplarische Strafe, so entsteht genöthig ein großes Geschrei. Dann ist kein Stock mehr gerade und der Diebemann schimpft auf Polizei, Richter und Gesetz. — Wenn wir in den vorstehenden Ausführungen in der Hauptsache „Schönberg's Handbuch der politischen Oekonomie, 3. Band, gefolgt sind, möge zur weiterer Orientierung noch verwiesen werden auf: Bresgen, der Handel mit verfälschten und verdorbenen Getränken, Gewürzen, Medicamenten; eine kriminalpolitische Studie. Lammert, zur Geschichte des bürgerlichen Lebens und der d. Gesundheitspflege. Essen, zur Lehre von der Warenverfälschung, hauptsächlich in geschichtlicher Hinsicht. Silberbach, die ältere Gesetzgebung betreffend das Schlachten von kranken Vieh. Ueber das Pariser Lebensmitteluntersuchungsamt f. Dr. Codrin in der Revue des deux mondes vom 15. Juni 1883, sowie die Publikationen der préfecture de police, 1885.

Egon W.

Feuilleton.

Zum Kapitel der Lebensmittelverfälschungen.

(Nachdruck verboten.)

Fast täglich liest man in den Zeitungen über fälschungsbedingte Bestrafungen bei Verfälschungen von Lebensmitteln und immer und immer wieder wird aufs Neue versucht, das Publikum zu täuschen und zu betrügen. Wenn wir daher heute auf dieses Thema zurückkommen, so verfolgen wir zwei Zwecke. Erstens soll das Publikum vor jenen Schwindelmännern gewarnt werden und zweitens soll diesen selbst ins Gewissen gesprochen sein. Die meisten Nahrungs- und Genussmittel sind dem Verderben ausgesetzt und können ferner gefälscht, d. h. durch andere von geringerem Werthe ersetzt oder in einer Weise zubereitet oder behandelt werden, daß ihr Gehalt ihrem Anschein nicht entspricht. (Künstlicher Kaffee, vermishtes Mehl u. s. w.) Wenn verdorbene oder gefälschte Lebensmittel als unverdorbene oder echte verkauft werden, wird der Käufer mindestens an seinem Vermögen geschädigt, unter Umständen auch noch an seiner Gesundheit oder wenigstens an seiner Kraft. Da die Fälschungen der meisten Lebensmittel leicht, also die Verführung dazu groß ist, und da es den Konsumenten in der Regel schwer oder unmöglich ist, sich vor dem Kauf von der Güte und Echtheit eines Nahrungsmittels zu vergewissern, empfiehlt es sich, dem Verkäufer hierzu zu verpflichten und den absichtlichen oder fahrlässigen Verkauf verdorbener (Fleisch, Bier, Wein u. a. m.) oder gefälschter Lebensmittel unter Verurtheilung dieses Umstandes mit Strafe zu bedrohen, die, wenn es sich um gesundheitsgefährliche

handelt, zu verschärfen und mit Einziehung derselben zu verbinden ist. Reichsstrafges.-Buch: Verbrechen und Vergehen wider das Leben, Körperverletzung, Betrug. Die Siderheit der Käufer wird erhöht, wenn schon die Feilhaltung verfälschter Lebensmittel als guter oder echter verboten wird und noch gesteigert, wenn sogar die Herstellung gefälschter Lebensmittel zum Zwecke der Täuschung im Verbrechen, sowie die Verfehlung, die Feilhaltung und der Verkauf solcher Dinge untersagt wird, welche zur Fälschung von Nahrungsmitteln verwendet werden sollen. (Verbot der Anfertigung von Maschinen zur Verfehlung künstl. Kaffeebohnen.) Dagegen kann von der Bedrohung des bloßen Besizes gefälschter oder verdorbener Nahrungsmittel durch Händler, wie sie zuweilen gefordert wird, billigerweise nicht die Rede sein. Als besonders wirksame Strafe und zur Warnung des Publikums vor unredlichen Gewerbetreibenden empfiehlt sich in allen schweren Fällen die Veröffentlichung der ergangenen Verurtheilungen. (Wein- und Bierpatentscher Prozesse). Sollen aber die Strafandrohungen den beabsichtigten Erfolg haben, so muß der Handel mit Lebensmitteln fortwährend von der Polizei und, soweit die Kontrolle besondere Kenntnisse voraussetzt, durch Sachverständige überwacht werden. (Vergl. Königl. Untersuchungsämter für Nahrungs- und Genussmittel.)

Die empfohlenen Strafandrohungen haben aber auch ihre Schattenseiten. Wenn die ausländische Gesetzgebung nicht eben so streng ist, wie die inländische (Ertrichenschau), sind die einheimischen Händler gegenüber den fremden in Nachtheile, da die letzteren von den inländischen Behörden nicht verfolgt werden können. Ferner verursachen die Vorsichtsmaßregeln, zu welchen die Verkäufer, namentlich die Zwischenhändler, durch die Bestimmungen genöthigt werden, denselben unter Umständen Kosten, die entweder

Garantie für komplet! und fehlerfrei!!!

Ferner liefere a) 50der schönsten u. neuesten Operet
 (als Mercurius, Boccaccio zc. in Anzeigen, A
 pourris zc. für Piano. b) 30 große Opern, A
 pourris für Piano in 5 Albüms. c) 100
 liebte Tände von Johann Strauß für Piano.
 Diese Collection (a. b. c.) in 7 Albm
 Quant, für den billigen Preis von 10 Mk
 Geschäftsdrucks seit 83 Jahren: Jeder Auf
 wirt sofort in guten fehlerfreien Exemplaren pro
 expedirt von der Export-Buchhandlung v. v.

J. D. Polack in Hamburg.
 Zum eigenen Hause: Gäßemarkt 30—31.
 Expedition gegen Einlenbung oder Nachnahme
 Betrages. Bücher und Musikalien sind überall a
 und steuerfrei.

Vertreter: **Carl Dallmann, Stettin**

R. Grassmann, Schulzenstr.

Alberti als einzige echte geg.
rauhe Haut, Piefeln, Som-
mersprossen &c. empfohlen.

Bock Kaiserhiep

E. A. Suhr, Mönchenstr. 29—3

W. Reinecke, Frauenstr. 26

October 24, 1961

entspricht ungefähr einem Preis für	20 ctm	22 ctm	24 ctm
	16 Pfg.	19 Pfg.	23 Pfg.

Waschgarnituren, und Seifenschale, alles **beste**
Emaillé, 2 Mk. komplett. Auf Wunsch dazu **gehörige Ständer**

Probepackete gegen Nachnahme. Alle andern Artikel der
Emaillbranche ebenfalls entsprechend billig nach Gewicht. Lager-
besuch stets lehnend da mein Lager riesengross ist.

Reichsstrasse 26.

Grösstes Spezialgeschäft der Emaillebranche.

Nobel in allen Holzarten und Preislagen, ~~mit~~ großartige Auswahl in einfacher und eleganter Ausführung. ~~mit~~ Garantirt reelle, bessere Arbeit.

bedeutend billiger wie jede Konkurrenz am Platze

Ganze Zimmer-Einrichtungen nach Zeichnung.
Beste Empfehlungen geben wir Seite.

G. Clzelsky, Tischlermeister, Frauenstraße 20, 1 Treppe.